



An
Herrn Oberbürgermeister Horn

Rathausplatz 2-4
79098 Freiburg

rsk-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 22.01.2026

Interfraktioneller Antrag nach § 34 Abs. 1 Satz 4 GemO zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Stärkung der Stadtteilgesundheit“ im Gemeinderat sowie zur vorherigen Beratung im Sozialausschuss und Kinder und Jugendhilfeausschuss

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horn,

hiermit beantragen die unterzeichnenden Fraktionen, das Thema „**Stärkung der Stadtteilgesundheit**“ im Gemeinderat aufzunehmen und hierzu eine schriftliche Vorlage vorzulegen. Die Vorlage soll sowohl in einer der nächsten Sitzungen des Kinder- und Jugendhilfeausschusses als auch des Sozialausschusses beraten werden.

Vor dem Hintergrund des vom Gemeinderat beschlossenen Ausbaus der (aufsuchenden) Sozialberatung gemäß Drucksache G-25/180 sowie des im Doppelhaushalt beschlossenen Zuschusses für die Poliklinik Freiburg – Solidarische Stadtteilgesundheit e. V. bitten wir darum, in den genannten Ausschüssen darzustellen und zu diskutieren, wie bestehende Angebote der Quartiersarbeit, Sozialberatung und Stadtteilgesundheit zusammen gedacht, bewertet und perspektivisch weiterentwickelt werden können.

Für eine Beratung in den Ausschüssen wäre es hilfreich, wenn die Verwaltung - soweit möglich - folgende Punkte vorbereitend darstellen könnte:

- Eine Übersicht zu bestehenden Beratungsangeboten in Kinder- und Jugendarztpraxen in den Stadtteilen Weingarten, Landwasser und Haslach. Dabei wären insbesondere Zielgruppen und Reichweite, inhaltliche Schwerpunkte und die entstehenden Kosten und Finanzierungsstrukturen für die weitere Diskussion von Interesse.
- Eine Vorstellung erster Erfahrungsberichte und Erkenntnisse der Poliklinik Solidarische Stadtteilgesundheit, insbesondere im Hinblick auf erreichte Personengruppen, identifizierte gesundheitliche und soziale Problemlagen, Schnittstellen zur Sozialberatung und Quartiersarbeit sowie erste Einschätzungen zu Wirkung und Mehrwert des Ansatzes.
- Eine Einordnung möglicher Perspektiven, wie Quartiersarbeit, gesundheitliche Versorgung und der Zugang zu Menschen künftig integriert gedacht werden könnte, welche Kooperations- und Schnittstellenmodelle hierfür geeignet wären und wie eine bedarfsgerechte Finanzierung entsprechender Strukturen ausgestaltet sein könnte.

- Eine Einordnung des Themenfeldes Gesundheitsfachkraft an Schulen im Kontext der Stadtteilgesundheit, unter Bezug auf externe Modellprojekte wie z.B. in Stuttgart, zur Diskussion möglicher Ansatzpunkte in Freiburg.
- Darstellung inwiefern die zusätzlichen Mittel aus dem Programm der Startchancenschulen für Gesundheitsprävention eingesetzt werden können.
- Eine Übersicht über die Möglichkeiten einer zusätzlichen Finanzierung kommunaler Präventionsprojekte durch Krankenkassen auf Grundlage des Gesetzes zur Gesundheitsförderung und Prävention.

Begründung

Es liegt auf der Hand, dass gesundheitliche Probleme und soziale Lebenslagen häufig eng miteinander verknüpft sind. Insbesondere in Quartieren mit besonderen sozialen Belastungen wirken sich Armut, beengte Wohnverhältnisse, psychosoziale Belastungen oder fehlende Unterstützungsnetzwerke unmittelbar auf die gesundheitliche Situation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien aus.

Mit der Drucksache G-25/180 hat der Gemeinderat den Ausbau niederschwelliger und aufsuchender Sozialberatungsangebote beschlossen. Parallel dazu werden mit der Förderung der Poliklinik Solidarische Stadtteilgesundheit neue Wege erprobt, um medizinische Versorgung, soziale Beratung und quartiersbezogene Ansätze enger miteinander zu verbinden.

Ergänzend lohnt sich der Blick auf externe Modellprojekte, die ähnliche Schnittstellen adressieren. Ein in Stuttgart erprobtes Modellprojekt mit Schulgesundheitsfachkräften verdeutlicht, dass Gesundheitsangebote an Schulen einen wichtigen Beitrag zur frühzeitigen Erkennung gesundheitlicher und sozialer Problemlagen leisten.

Gerade Kinderarztpraxen nehmen hierbei eine besondere Schlüsselrolle ein: Sie stehen mit sehr vielen Kindern und Familien in regelmäßigem, oft langjährigem Kontakt, begleiten diese über längere Zeiträume hinweg und verfügen über ein hohes Maß an Vertrauen. Dadurch werden gesundheitliche, soziale und familiäre Problemlagen häufig frühzeitig sichtbar – zugleich fehlt es bislang vielfach an gut verzahnten Strukturen, um betroffene Familien niedrigschwellig an passende Unterstützungsangebote weiterzuleiten.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die dargestellten Erfahrungen und bestehenden Ansätze als Ausgangspunkt für einen gemeinsamen Beratungs- und Entwicklungsprozess zu nutzen. Im Verlauf dieses Prozesses könnte geprüft werden, ob und in welcher Form sich ein ganzheitlicher Ansatz der Stadtteilgesundheit für Kinder und Jugendliche in Sozialquartieren mit besonderen sozialen Belastungen (insbesondere Kategorie 5) entwickeln lässt. Dabei sollten Akteure und Strukturen – etwa Gesundheitsamt, Schulen, Kinder- und Jugendarztpraxen, KV, Runder Tisch Gesundheit, Universitätsklinikum, kommunales Management, BAD sowie der zahnärztliche Dienst – einbezogen und miteinander vernetzt werden. Ziel des Prozesses wäre es, schrittweise ein Gesamtkonzept zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Julia Söhne
Ludwig Striet
SPD+JF-Fraktion

Paßar Bamerni
Hannes Wagner
Bündnis 90/Die Grünen

Gregor Mohlberg
Emriye Gül
ESFA

Uwe Stasch
Franco Orlando
FDP/BfF